

für Mitglieder und Freunde der Gesellschaft für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit Hameln e. V.
 Redaktion: Hans – Georg Spangenberg

1. Juden und Christen – in den deutschsprachigen und anderen europäischen Ländern

- **Die Tragik wirkt bis heute nach“. Ausstellung widmet sich jüdischem Leben in Deutschland, von Anita Hirschbeck.** Die Dunkelheit verschluckt die Besucher beinahe. Zurückhaltende Lichtkegel erhellen lediglich ein paar Ausstellungsstücke auf einem Tisch und die gegenüberliegende Regalwand voll mit Pappschachteln. Der Rest des kleinen Raumes im Kunstmuseum Kolumba in Köln versinkt in pechschwarzer Finsternis. Zu sehen sind auf dem Tisch der zerfetzte Brief eines Soldaten von 1807 oder verdorrte Weidenringe für das jüdische Laubhüttenfest Sukkot. Die Fundstücke aus einer ehemaligen Synagoge im rheinland-pfälzischen Niederzissen sind Teil der Ausstellung „In die Weite. Aspekte jüdischen Lebens in Deutschland“ im Kunstmuseum des Erzbistums Köln. Die Exponate – darunter Objekte aus der eigenen Sammlung sowie rund 100 Leihgaben aus dem In- und Ausland – sollen Geschichten jüdischen Lebens erzählen, erklärt Kolumba-Direktor Stefan Kraus. Der Brief und die Weidenringe zum Beispiel waren in Niederzissen Teil der sogenannten Genisa, die erst vor rund zehn Jahren geborgen wurde. Gemäß jüdischem Brauch warfen die Mitglieder der Gemeinde abgenutzte Gegenstände, etwa religiöse Schriftstücke, nicht einfach weg. Stattdessen legten sie die alten, zerschlissenen Objekte in einem besonderen Raum der Synagoge ab. Die wurde während der Novemberpogrome 1938 verwüstet. 2009 beschloss der Niederzissener Gemeinderat, die alte Synagoge anzukaufen und zu renovieren. Im staubigen Dachboden wurde schließlich die Genisa gefunden. Die geborgenen Gegenstände sind nun in Kolumba zu sehen. „Wir sind mit einem Museum im Museum beglückt worden“, so Kurator Marc Steinmann. Der Brauch, alte Objekte an einem Ort in der Synagoge abzulegen, sei eine Form von Bestattung. Einen spannenden Gegensatz dazu bilden die bürokratisch anmutenden Archivkartons, in denen die Genisa ordentlich beschriftet aufbewahrt wurde. Höhepunkt der Schau, die einen Bogen von der Antike bis in die Gegenwart schlägt, ist die frühmittelalterliche Abschrift eines kaiserlichen Erlasses, der auf das Jahr 321 datiert. Dieses Dokument gilt als frühester schriftlicher Nachweis für jüdisches Leben nördlich der Alpen und bildet den Anlass für das derzeit laufende Festjahr „1.700 Jahre jüdisches Leben in Deutschland“. Bei der Abschrift handelt es sich um eine Leihgabe aus dem Vatikan. Sie ist bis 11. Oktober zu sehen; **der Rest der Ausstellung läuft bis 15. August 2022**, wobei einige Leihgaben im Laufe des Jahres wechseln werden. Die Schau, die Kolumba zusammen mit dem Kölner jüdischen Museum MiQua erstellte, thematisiert auch das Verhältnis von Judentum und Christentum. So werden antisemitische Darstellungen gezeigt, etwa eine mittelalterliche Weihebrotschale aus Halberstadt. Darauf steinigten Juden den heiligen Stephanus. „Da haben Sie den Vorwurf des Gottesmordes, der in diesem Kunstwerk verarbeitet wurde“, erklärt Steinmann. Seltene Handschriften, Alltagsobjekte, religiöse Gegenstände, archäologische Funde, Gemälde jüdischer Künstler – die Ausstellungsmacher erheben keinen Anspruch, 1.700 Jahre vollständig abzubilden. Stattdessen soll die „Ästhetik der bildenden Kunst“ die vielfältigen Geschichten hinter den Exponaten bereichern, so Kraus. Etwa das Gemälde „For Mark Rothko“ von Frederic Matys Thursz aus dem Jahr 1972: Das Bild, das eine dunkle auf einer leuchtend-orangen Fläche zeigt, widmete Thursz dem jüdischen Expressionisten Mark Rothko. Der malte ebenfalls schwarze Quadrate – und verwies so auf die Gräber von Pogromen. Beide Künstler versuchten, das Trauma der Judenvernichtung mit den Mitteln der Malerei zu bewältigen. „Diese Tragik wirkt bis heute nach“, sagt Kraus. „Kunst ist wie eine Sprache, die über Dinge Auskunft gibt, die wir mit Wörtern nicht erfassen.“ (kna öki 21.09.2021)
- **Die beiden großen Kirchen in der Pfalz und die jüdische Kultusgemeinde der Rheinpfalz haben im Edith-Stein-Gymnasium Speyer eine jüdisch christliche Gebetsfeier im Rahmen des Themenjahrs „1.700 Jahre jüdisches Leben in Deutschland“ gehalten.** Mit der Feier schlugen die Vertreter der Evangelischen Kirche der Pfalz, des Bistums Speyer und der jüdischen Gemeinde ein neues Kapitel der jüdisch-christlichen Geschichte in der Region auf, wie aus einer gemeinsamen Pressemitteilung hervorgeht. Die Feier wurde liturgisch gemeinsam von Kirchenpräsidentin Dorothee Wüst, Bischof Karl-Heinz Wiesemann und Kantor Jan Nagler gestaltet. Im Fokus standen dabei Psalmgebete aus dem Alten Testament bzw. der Hebräischen Bibel. „Wir beten! Und zwar gemeinsam!“, bekräftigte Wiesemann die Bedeutung

der Feier. Es seien in den zurückliegenden Jahrzehnten tiefe Gräben überwunden worden, indem Brücken gebaut wurden. Alle Beteiligten stimmten darin überein, dass das jüdisch-christliche Gebet ein neues Kapitel des Miteinanders zwischen den beiden Religionen aufgeschlagen habe. Die gezeigte enge Verbundenheit setze durch das gemeinsame Gebet auch ein öffentlich sichtbares Zeichen gegen Antisemitismus. (kna öki 26.10.2021)

- **Der Bamberger Erzbischof Ludwig Schick hat den Beitrag von Religionen für den weltweiten Frieden hervorgehoben.** „Dazu müssen Religionen auf internationaler, nationaler, aber auch Ortsebene den interreligiösen Dialog fördern“, sagte der frühere Vorsitzende der Kommission Weltkirche der Deutschen Bischofskonferenz zur Eröffnung einer internationalen Konferenz zum Dialog der Religionen des Hilfswerks missio Aachen. „Der interreligiöse Dialog ist ein wichtiges Element in der weltkirchlichen Arbeit“, betonte der Erzbischof. Dieser müsse zwischen allen Konfessionen weit gefächert sein. Auf seinen Reisen als Kommissionsvorsitzender habe er manchmal erlebt, dass Religionen Brandherde für Konflikte sein könnten. „Ich habe aber ebenso viele religiöse Gruppen getroffen, die eben die Feuerlöscher für solche Brände sind“, erklärte Schick. Die Konferenz fand im Rahmen des Monats der Weltmission statt, den die Hilfswerke missio Aachen und missio München gemeinsam organisieren. Die Solidaritätsaktion steht in Deutschland in diesem Jahr unter dem Motto „Lasst uns nicht müde werden, Gutes zu tun“. Das zweitägige Zusammentreffen mit internationalen Gästen widmete sich unter anderem der Frage, ob Religionen weltweit eher Konflikte auslösen oder zu deren Lösung beitragen. (kna öki 26.10.2021)
- **Der Zentralrat der Juden in Deutschland berichtet nach dem möglichen antisemitischen Vorfall um den Musiker Gil Ofarim in einem Leipziger Hotel von einer Vielzahl an Hassnachrichten.** In den vergangenen Tagen seien antisemitische Kommentare über den Zentralrat „hereingebrochen“, sagte Präsident Josef Schuster der „Bild am Sonntag“. Die Skepsis, die von vielen Seiten bezüglich des Falls geäußert werde, dürfe jedoch nicht zu mehr Antisemitismus führen. Gesellschaft und Politik müssten Zivilcourage zeigen und sich „aktiv an die Seite der Betroffenen stellen, wo immer diese angegriffen werden“, mahnte Schuster. Betroffene dürften „nicht das Gefühl bekommen, dass sie die Vorfälle nicht melden können und allein gelassen werden“. In einem über Soziale Medien verbreiteten Video berichtete Ofarim, dass er Anfang Oktober vor der Hotel-Rezeption zunächst in einer Schlange gestanden habe. Andere Gäste seien vorgezogen worden. Später sei er von einem Mitarbeiter des Hauses aufgefordert worden, seine Halskette mit dem Davidstern abzunehmen, um einchecken zu dürfen. In zahlreichen Reaktionen bekundeten Social Media-Nutzer ihre Solidarität mit Ofarim, ebenso Vertreter aus Politik und Religionsgemeinschaften. Das Hotel-Management in Leipzig beurlaubte laut einer Sprecherin zwei Mitarbeiter vorübergehend. Sie stellten den Vorfall demnach anders dar als Ofarim. Zuletzt wurde bekannt, dass das Hotel die Vorwürfe Ofarims nach internen Untersuchungen durch eine Kanzlei als nicht bestätigt ansieht. Wie die Staatsanwaltschaft bekanntgab, stellten die an dem Vorfall beteiligten Personen wechselseitig Strafanzeigen, zudem lägen „Strafanzeigen unbeteiligter Dritter“ vor. (kna öki 26.10.2021)
- **Der Grundstein für den Bau der ersten Synagoge in Potsdam nach dem Zweiten Weltkrieg ist gelegt.** „In der Mitte der Stadt und in Sichtweite des Landtags wird die Synagoge ein klares Bekenntnis zum Judentum in Brandenburg sein. Und dieses Bekenntnis ist mehr als notwendig. Wir haben in den vergangenen Jahren zunehmend abscheuliche Angriffe und offenen Antisemitismus erlebt“, erklärte Brandenburgs Ministerpräsident Dietmar Woidke (SPD) bei der Grundsteinlegung. Potsdam ist bisher die einzige Landeshauptstadt ohne Synagoge. Die Landesregierung wird in Zusammenarbeit mit der Zentralwohlfahrtsstelle der Juden in Deutschland (ZWST) auf dem Gelände in der Schloßstraße 1 in Potsdam bis zum Jahr 2024 ein Synagogen- und Gemeindezentrum errichten. Das Land finanziert den Bau demnach mit rund 13,7 Millionen Euro. Träger wird die ZWST sein. Nach den ersten drei Jahren der Nutzung soll die Trägerschaft an den Landesverband der jüdischen Gemeinden in Brandenburg übergehen. Grundlage für den Bau ist der Entwurf des Berliner Architekten Jost Haberland. ZWST-Präsident Abraham Lehrer betonte, „die ZWST als sozialer Dachverband der jüdischen Gemeinden in Deutschland will einen Ort für alle Juden und Jüdinnen in Potsdam und Brandenburg etablieren, in dem vielseitige soziale, kulturelle und religiöse Angebote geschaffen und unter einem Dach gebündelt werden können“. Der Präsident des Zentralrats der Juden in Deutschland, Josef Schuster, erklärte: „Synagogen sind der Mittelpunkt von jüdischen Gemeinden. Ich freue mich sehr, dass Jüdinnen und Juden in Potsdam und Umgebung endlich eine Synagoge und damit ein sichtbares Zeichen ihrer Beheimatung in der brandenburgischen Landeshauptstadt erhalten.“ Kulturministerin Manja Schüle (SPD) sagte, die Grundsteinlegung fast auf den Tag genau 83 Jahre nach der Zerstörung und Entweihung der Potsdamer Synagoge während der Novemberpogrome sei „ein starkes Signal: Jüdinnen

und Juden bekommen eine würdige und sichere Heimstatt in der Landeshauptstadt.“ Der Bau der Synagoge ist bereits seit 2010 geplant. Während der Planung kam es immer wieder zu Auseinandersetzungen der verschiedenen jüdischen Gemeinden über die Ausgestaltung der Synagoge. In der Landeshauptstadt, die rund 100.000 Einwohner zählt, gibt es mindestens fünf kleine jüdische Gemeinden. (kna öki 09.11.2021)

- **In Hessen ist der Staatsvertrag des Landes mit dem Landesverband der Jüdischen Gemeinden um weitere fünf Jahre bis 2026 verlängert worden.** Der Vertrag bestätige ein gewachsenes gegenseitiges Vertrauen und biete „die Grundlage für ein stabiles jüdisches Leben“, erklärte der Vorsitzende des Landesverbandes Jüdischer Gemeinden in Hessen, Jacob Gutmark. Die Gemeinden werden demnach jährlich mit vier Millionen Euro vom Land gefördert. Für den Schutz jüdischer Einrichtungen stelle das Land dem Landesverband sowie der Jüdischen Gemeinde Frankfurt bis zum Jahr 2026 weitere 9,5 Millionen Euro bereit. Das Geld könne beispielsweise für den Einsatz von zusätzlichem Personal verwendet werden. Gutmark sagte dazu: „Dass maßgebliche Anstrengungen dem Schutz Jüdischer Gemeinden vor Angriffen dienen, ist einerseits Ausdruck ungeschminkter Realität und andererseits ein klares politisches Zeichen, dass jüdisches Leben in diesem Land ohne Angst möglich sein soll.“ Ministerpräsident Volker Bouffier (CDU) betonte bei der Vertragsunterzeichnung in Wiesbaden, die Landesregierung werde weiterhin „alles tun, damit jüdisches Leben in Hessen eine Heimat hat“. Die jüdisch-christliche Tradition und die jüdische Kultur seien feste Bestandteile des Landes. Die Partnerschaft besteht seit 35 Jahren. Der erste Staatsvertrag zwischen dem Land Hessen und dem Landesverband Jüdischer Gemeinden wurde 1986 geschlossen und seitdem viermal verlängert. Mit dem Staatsvertrag, der die jüdischen Gemeinden auf eine Stufe mit den christlichen Kirchen stellte, wurde das Land Hessen zum bundesweiten Vorreiter. Der nun unterzeichnete Vertrag tritt am 1. Januar 2022 in Kraft. Er benötigt noch die Zustimmung des hessischen Landtags. (kna öki 02.11.2021)
- **An der Berliner Humboldt-Universität ist eine Stiftungsprofessur für Geschichte und Gegenwart des jüdisch-christlichen Verhältnisses gestartet.** Sie wurde auf Initiative der EKD am Institut Kirche und Judentum der Theologischen Fakultät eingerichtet und mit der jüdischen Historikerin Karma Ben Johanan besetzt. Am 27. Oktober hielt sie ihre Antrittsvorlesung. Dabei bezeichnete der EKD-Ratsvorsitzende, Landesbischof Heinrich Bedford-Strohm, Karma Ben Johanan als „Glücksfall für die Kirche wie auch für die Universität“. Dass mit ihr eine jüdische Frau und Israelin berufen wurde, sei ein Novum an einer evangelischen Fakultät, zugleich aber auch Ausdruck eines gewachsenen Vertrauens auf jüdischer Seite. Er begrüße dies sehr, denn theologische Forschung und Ausbildung sei heute nicht mehr möglich in einer „isolierten Selbstbeschäftigung“ evangelischer Theologie mit ihren eigenen Traditionen, sondern nur in der dialogischen Auseinandersetzung. Der evangelischen Kirche gehe es bei der Stiftungsprofessur zudem um eine kritische Auseinandersetzung mit der eigenen Geschichte im Verhältnis zum Judentum. Karma Ben Johanan studierte in Tel Aviv Geschichte und Religionswissenschaften. Nach ihrer Promotion leitete sie an der Nachwuchsakademie eines renommierten Forschungsinstituts in Jerusalem eine Gruppe junger Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler. In ihren Forschungen befasst sie sich u.a. mit den Beziehungen zwischen orthodoxen, eher christentumskritischen jüdischen Gruppen und dem Christentum. (kna öki 02.11.2021)
- **Fast jeder zweite Deutsche hat laut einer Umfrage bisher keine direkte Berührung mit jüdischem Leben hierzulande.** Mehr als die Hälfte (über 55 Prozent) verbinden jüdisches Leben darüber hinaus am ehesten mit politischen und historischen Ereignissen sowie einer entsprechenden Medienberichterstattung, wie eine repräsentative Civey-Umfrage im Auftrag der Hanns-Seidel Stiftung und der Orthodoxen Rabbinerkonferenz Deutschland (ORD) ergab. Der ORD-Vorstand bezeichnete die Ergebnisse als traurig und beklagte, dass das Judentum selten ein Thema an Schulen oder in Medien sei. 16,6 Prozent der Befragten haben jüdische Freunde und Bekannte, knapp 18 Prozent haben bereits eine Synagoge besucht, 18,7 Prozent haben durch die Schule etwas über jüdisches Leben erfahren. Nur 2,9 Prozent gaben an, durch das aktuell laufende Festjahr zu „1.700 Jahre jüdisches Leben in Deutschland“ direkt mit jüdischem Leben in Berührung gekommen zu sein. In Städten mit einer großen jüdischen Gemeinde wie Berlin und Frankfurt haben deutlich mehr Menschen direkte Berührungspunkte, etwa durch jüdische Freunde. Während über 55 Prozent jüdisches Leben am ehesten mit politischen und historischen Ereignissen sowie einer entsprechenden Medienberichterstattung verbinden, verwiesen 8,9 Prozent auf positive Beiträge von Juden zu Kunst und Kultur sowie zur Wissenschaft (3,5 Prozent). In Deutschland stehen der Holocaust (19,5 Prozent), Antisemitismus und Angriffe auf Juden (14,2 Prozent) sowie die Politik im Nahen

Osten und Israel (21,9 Prozent) im Fokus der Wahrnehmung jüdischen Lebens. Viele Ansichten ergäben sich aus der „gängigen Berichterstattung“, so auch bei der Einschätzung der Gefahr beim Thema Antisemitismus, heißt es. Hierzu gaben die Befragten an, dass die größte Gefahr beim Antisemitismus von islamistischer Seite (42,7 Prozent) ausgehe, gefolgt von der politisch rechten Seite (35,4 Prozent). Knapp 10 Prozent sehen eine Gefahr aus der Mitte der Gesellschaft sowie von der politisch linken Seite (4,4 Prozent). Es sei „ein trauriges Ergebnis und zeigt, dass in der Gesellschaft, etwa in Schulen, Bildungseinrichtungen oder den Medien mehr über jüdisches Leben und den Beitrag von Juden für unsere Gesellschaft vermittelt werden muss“, erklärte der ORD-Vorstand, Rabbiner Avichai Apel (Frankfurt), Zsolt Balla (Leipzig) und Yehuda Pushkin (Stuttgart). Über die positiven Beiträge des Judentums zur deutschen und europäischen Kultur sei nach wie vor viel zu wenig bekannt. Zudem sei das Judentum selten ein Thema an Schulen oder in Medien. „Das sind elementare Bausteine, um Distanzen und Vorurteile abzubauen, damit Unwissenheit oder Angst vor dem Fremden nicht länger in Antisemitismus, Israel-Hass oder gar in Gewalt gegen hier lebende Jüdinnen und Juden umschlagen, die seit 1.700 Jahren ein untrennbarer Teil Deutschlands sind“, so die Rabbiner. Nach den Worten von Philipp W. Hildmann von der Stiftung ist mehr Bildung und Wissensvermittlung dringend nötig. – Civey befragte vom 4. bis 8. November online 10.000 Bundesbürger ab 18 Jahren. Mehrfachantworten zu einigen Fragen waren möglich. (kna öki 30.11.2021)

- **Der Koalitionsvertrag des künftigen Ampelbündnisses enthält einen eigenen Abschnitt zu jüdischem Leben – ein Novum.** Keineswegs neu ist dagegen die Debatte darüber, wie jüdisches Leben in Deutschland eigentlich aussieht und welche Zuschreibungen damit verbunden sind: Inwiefern ist Musik jüdisch? Welche Rolle spielt es für ihr Werk, dass eine Schriftstellerin Jüdin ist? Diese Fragen werden innerhalb der jüdischen Gemeinschaft diskutiert, zugleich in Bezug auf die nicht jüdische Mehrheitsgesellschaft. Befeuert hat dies jüngst auch die Debatte um den Lyriker Max Czollek: Der Schriftsteller Maxim Biller hatte geschrieben, Czollek sei kein Jude, weil seine Mutter nicht jüdisch sei, und sich dabei auf das Religionsgesetz Halacha bezogen. Demnach ist Jude, wer eine jüdische Mutter hat oder zum Judentum konvertiert ist. Czollek ist eine prominente Stimme im öffentlichen Diskurs zu Themen, die das Judentum betreffen, und versteht sich selbst als Jude, wie er kürzlich im „Spiegel“-Interview betonte. Hierbei geht es um die sogenannten Vaterjuden, die eine große Gruppe auch unter Zuwanderern aus der Ex-Sowjetunion stellen, und die Frage, wie Gemeinden und die jüdische Gemeinschaft insgesamt mit ihnen umgehen. In Berlin setzte sich eine online-Diskussion des Ernst Ludwig Ehrlich Studienwerks mit jüdischem Leben auseinander. Titel der Veranstaltung in Zusammenarbeit mit der Vertretung der Europäischen Kommission in Deutschland war „Jüdisches Leben jenseits von Historisierung und Exotisierung?“ Fest steht: Über das sehr vielfältige Leben von Juden wissen viele Leute wenig bis nichts. Das offenbarte jüngst eine Civey-Umfrage im Auftrag der Orthodoxen Rabbinerkonferenz Deutschland und der Hanns-Seidel-Stiftung. Demnach hat fast jeder zweite Deutsche bisher keine direkte Berührung mit jüdischem Leben. Hinzu kommt, dass 55 Prozent jüdisches Leben am ehesten mit politischen und historischen Ereignissen verbinden, also der Schoah, Antisemitismus heute oder Geschehnissen in Nahost. „Da sind wahnsinnige Lücken“, sagte die Wissenschaftlerin Dani Kranz, die auch Mitglied im Beratungskreis des Beauftragten der Bundesregierung für jüdisches Leben in Deutschland, Felix Klein, ist. Kranz betonte, dass es bis heute keine geregelte jüdische Gegenwartsforschung gebe. Es müsse interessieren, wie Wissen über Juden geschaffen und wer dazu als berufen angesehen werde. Der Publizist Ruben Gerczikow sagte, dass in Europa junge Juden zwar von Antisemitismus betroffen seien, darüber informieren und sich wehren wollten, aber nicht über ihn definiert oder auf ihr Jüdischsein reduziert werden wollten. So gebe es zahlreiche Menschen, die sich in Organisationen engagierten, Kunst, Musik oder Literatur machten – und zugleich jüdisch seien. Wichtig sei, dass sich jeder Mensch so einbringen und darstellen könne, wie er oder sie es wolle, ohne „exotisiert“ zu werden. Im Festjahr „1.700 Jahre jüdisches Leben in Deutschland“ wird immer wieder auf die Pluralität des zeitgenössischen Judentums hingewiesen. Das tun der Zentralrat der Juden in Deutschland, queere Gruppen, Studierendenverbände oder Initiativen für interreligiöse Begegnungen. In „Zeit Geschichte“ äußerte sich etwa die jüdische Philosophin Susan Neiman mit deutlichen Worten: „Es gibt in Deutschland eine fast krankhafte Fixierung auf die jüdische Opferrolle.“ Und in besagtem „Spiegel“-Interview gab Czollek zu bedenken: „Über 90 Prozent der Juden und Jüdinnen, die heute in Deutschland leben, sehen sich nicht als Überlebende und Opfer der Nazizeit. Sondern primär als Sieger. Es sind postsowjetische Juden, für die es im deutschen Gedächtnistheater kaum Platz gibt.“ Wie auch immer Juden in Deutschland leben: Auf der Berliner Veranstaltung wurde die Forderung auf

den Tisch gelegt, dass in der Gesellschaft ein Klima geschaffen werden müsse, in dem Menschen gerne ihr Jüdischsein zeigen. (kna öki 07.12.2021)

- **Nach dem Ende des Jubiläumsjahrs „1.700 Jahre jüdisches Leben in Deutschland“ soll das Programm um ein halbes Jahr verlängert werden.** Dies machte der frühere Ministerpräsident von Nordrhein-Westfalen, Jürgen Rüttgers (CDU), als Kuratoriumsvorsitzender des Vereins „321- 2021: 1700 Jahre jüdisches Leben in Deutschland“ in einem Beitrag für den „Kölner Stadt-Anzeiger“ bekannt. Wegen des großen Interesses an den Veranstaltungen „wollen wir mit Hilfe von Bund und Ländern im ersten Halbjahr 2022 das umsetzen, was in diesem Jahr wegen der Pandemie abgesagt oder aufgeschoben werden musste“, so Rüttgers. Mit Unterstützung des Bundesinnenministeriums, der Bundesbeauftragten für Kultur und Medien, etlicher Bundesländer, der Stadt Köln und zahlreicher privater Sponsoren und Sponsorinnen werde das Festjahr bis zum 31. Juli 2022 fortgesetzt. Nach Rüttgers` Angaben waren für 2021 mehr als 2.000 Veranstaltungen unter dem Dach des Jubiläumsjahrs angemeldet mit Aktionen, Diskussionen und kulturellen Events. Überall in Deutschland habe die Gesellschaft jüdisches Leben wahrgenommen und gewürdigt. Zivilgesellschaftliche Organisationen und Gruppierungen und die demokratischen Institutionen hätten aber auch an den Holocaust erinnert. Der Präsident des Zentralrats der Juden in Deutschland, Josef Schuster, äußerte sich „absolut zufrieden“ mit dem bisherigen Verlauf des Festjahrs. Es sei nicht absehbar gewesen, dass gerade unter Pandemiebedingungen so viele Veranstaltungen auch in kleinen Orten, wo es gar keine jüdische Gemeinde gibt oder gab, erfolgreich durchgeführt werden konnten, sagte Schuster im Presseclub München. Die Rückmeldungen der Veranstalter zeigten, „dass wir in diesem Jahr deutlich mehr Menschen erreichen“ als sonst. Gleichwohl sei das Jubiläumsjahr „kein Allheilmittel gegen Antisemitismus“, fügte der Zentralratspräsident hinzu. (kna öki 14.12.2021)
- **An der Katholisch-Theologischen Fakultät der Universität Salzburg ist ein neues Forschungsprogramm zum jüdisch-christlichen Dialog gestartet:** Das Programm mit dem Titel „Developing a Theology of the Interreligious Dialogue from a Jewish-Christian Perspective“ verfolgt das Ziel, „den jüdisch-christlichen Dialog sowohl auf der Ebene der theologischen Grundlagenforschung als auch der gesellschaftlichen Meinungsbildung weiterzuentwickeln“, wie der Leiter und Initiator des Programms, der Salzburger Fundamentaltheologe Gregor Maria Hoff, in einer Pressemitteilung betonte. Nach der Katastrophe der Shoah und spätestens mit der Erklärung Nostra aetate des Zweiten Vatikanischen Konzils sei der Dialog mit dem Judentum zu einer „zentralen Aufgabe“ der katholischen Kirche geworden. Diesem Ziel sei das nun begonnene Forschungsprogramm, das in einem Projektverbund mit weiteren Einrichtungen in Deutschland steht, verpflichtet, so Hoff. Schließlich sei das Judentum nicht nur historisch, sondern auch theologisch konstitutiv für das Christentum: „Ohne das Judentum kann sich das Christentum nicht nur nicht verstehen, es beruht auf ihm auch in offenbarungstheologischer Hinsicht.“ Das mit einer Million Euro budgetierte Programm ist Teil eines interreligiösen Projektverbunds mit Partnern wie der Eugen-Biser-Stiftung in München, der jüdischen Leo-Baeck-Foundation in Berlin und der Katholischen Akademie in Berlin. Der Salzburger Projekt-Zweig ist am „Zentrum Theologie Interkulturell und Studium der Religionen“ der Katholisch-Theologischen Fakultät angesiedelt. Offiziell eingerichtet wurde das Programm bereits im vergangenen Jahr, pandemiebedingt hat es jedoch erst mit dem Studienjahr 2021/22 seine Arbeit aufgenommen. Geplant seien Dissertationsprojekte, ein persönlicher Austausch u.a. mit dem „International Council of Christians and Jews“ (ICCJ), der Aufbau eines internationalen Dialog-Netzwerks („Network of Young Scholars in Jewish Christian Dialogue“) sowie die Einrichtung eines eigenen „Seelisberg Prize“ zur Würdigung herausragender Verdienste im jüdisch-christlichen Dialog. Das Programm soll außerdem internationales Publikum nach Salzburg locken: So ist im laufenden Wintersemester bereits der Dialog-Experte Christian Rutishauser als „Research Fellow“ des Dialog-Programms in Salzburg tätig. Wichtige Impulse verspricht sich Hoff darüber hinaus vom orthodoxen Rabbiner Jehoschua Ahrens, der als Postdoc für die kommenden Jahre am Salzburger Zentrum tätig sein wird, sowie von Rabbiner Daniel Ross Goodman, der von New York aus am Projekt mitarbeitet. Hoff, der u.a. als theologischer Berater der Deutschen Bischofskonferenz und der Päpstlichen Kommission für die religiösen Beziehungen zum Judentum tätig ist, engagiert sich seit mehr als 15 Jahren im jüdisch-christlichen Dialog. „Als Fundamentaltheologe stehen für mich auch Fragen der Ekklesiologie, also der Lehre von der Kirche auf der Agenda. Kirche gibt es nur als Gemeinschaft, die auf ihre jüdischen Wurzeln verwiesen ist.“ Dies gelte nicht nur für die Vergangenheit, sondern auch für die Gegenwart und Fragen etwa der Deutung der Person Jesu. (kna öki 21.12.2021)

- **Eine neue Studie empfiehlt die Umbenennung zahlreicher Berliner Straßennamen und –plätzen „mit antisemitischen Bezügen“.** Er hoffe auf eine „Debatteninitiierung“, sagte der Antisemitismusbeauftragte des Landes Berlin, Samuel Salzborn, der die Untersuchung in Auftrag gegeben hatte, bei der Vorstellung. Unter den prominentesten Namensgebern, für die eine entsprechende Empfehlung ausgesprochen wird, sind dabei der Reformator Martin Luther sowie der Komponist Richard Wagner, deren Namen zahlreiche Straßen und Plätze in Berlin in Zukunft eventuell nicht mehr tragen könnten. Die Verantwortung für die potenzielle Umbenennung liege bei den Bezirken, so Salzborn mit Blick auf die gesetzliche Regelung. „Dies ist nicht der Punkt, an dem man sich ausruhen kann. Jeder Bezirk sollte sich mindestens einmal ernsthaft die Frage stellen, was man damit jetzt machen soll“, so Salzborn. Zugleich wandte er sich gegen einen „konfrontativen Umgang“ in der Debatte. Auch Bedenken „pragmatischer Natur“ – wie etwa die Änderung von persönlichen Ausweisdokumenten bei einer Straßennamenänderung – sowie Vorbehalte „weltanschaulicher Natur“ müssten gehört werden. Da Straßennamen grundsätzlich eine hohe Form der Ehrung darstellten, gehe es aber auch darum, ob eine fragwürdige Benennung der weltoffenen Stadt Berlin „in ihrem Ansehen schaden könnte“. Aufgeführt werden 290 Straßen und Plätze „mit antisemitischen Bezug“. Für etwa 40 Straßen empfiehlt Studienautor Felix Sassmannshausen explizit eine Umbenennung. Für die anderen wird weitere Forschung und dann gegebenenfalls eine Umbenennung, eine Kontextualisierung im digitalen Straßenverzeichnis oder ein erweiterter Hinweis durch örtliche Informationstafeln vorgeschlagen. Die Handlungsempfehlungen richteten sich „nach dem Grad antijüdischer und antisemitischer Bezüge“, hieß es. „Ein Autor, der im Mittelalter in einer Schrift ein antijüdisches Motiv aufgreift und unkritisch wiedergibt, ist anders einzuordnen als ein Mitglied der völkisch-antisemitischen Deutschnationalen Volkspartei“, so Politikwissenschaftler Sassmannshausen. Der Antisemitismus bei Richard Wagner oder der Antijudaismus bei Martin Luther etwa sei „breit diskutiert worden und unzweifelhaft“, sagte er. Für den Hindenburgdamm, der nach dem ehemaligen Reichspräsidenten Paul von Hindenburg (1847-1934) benannt ist, wird genauso eine Umbenennung empfohlen wie für die Treitschkestraße, die ihren Namen von Heinrich von Treitschke (1840-1927) herleitet. Er hatte den Ausspruch „Die Juden sind unser Unglück“ geprägt. Auch Autoren wie Johann Wolfgang von Goethe, Theodor Fontane oder Wilhelm Raabe listet die Studie auf. Bei diesen empfiehlt Sassmannshausen weitere Forschung sowie Kontextualisierung. Ebenso tauchen in der Liste der Namensgeber mit antisemitischen Bezügen Personen auf, die sich gegen das NS-Regime engagierten. Dazu zählt etwa Claus Graf Schenk von Stauffenberg, der ein Attentat auf Hitler verübte und dafür hingerichtet wurde. Genannt wird auch der Münsteraner Bischof Clemens August Graf von Galen, der sich öffentlich gegen das Euthanasie-Programm der Nazis wehrte. Auch Pater Maximilian Kolbe ist darunter, der im KZ Auschwitz anstelle eines polnischen Familienvaters freiwillig in den Hungerbunker ging und dort ermordet wurde. Die Leiterin der Gedenkstätte Haus der Wannsee Konferenz, Deborah Hartmann, sagte: „Ein neuer Straßennamen soll die Geschichte nicht unsichtbar machen, sondern ein Zeichen sein, dass wir uns unserer Vergangenheit und Gegenwart bewusst sind.“ Kritische Auseinandersetzung mit Antisemitismus müsse „vor der Haustür“ beginnen. (kna öki 21.12.2021)
- **Beim Thema Antisemitismus wird aus Expertensicht noch immer unterschätzt, dass unterschiedliche Milieus Allianzen bilden.** „Islamisten und Rechtsextremisten sind sich in vielen Fragen spinnefeind. Aber wenn wir uns etwa den Al-Quds-Marsch anschauen, dann demonstrieren sie gemeinsam. Da gibt es Solidarisierung wechselseitiger Art“, sagte der Ansprechpartner des Landes Berlin zu Antisemitismus, Samuel Salzborn, der „Jüdischen Allgemeinen“. Es handele sich um „eine wirklich große Bedrohung. Wenn man Antisemitismus im jeweils anderen politischen Milieu verortet, kann man dabei leicht übersehen, dass er im eigenen Milieu ebenso verbreitet ist, siehe politische Linke und BDS“, so Salzborn. Auch bei Protesten gegen staatliche Maßnahmen in der Corona-Pandemie seien gewisse Allianzen unter verschiedenen Teilnehmergruppen lange unterschätzt worden, erklärte der Politikwissenschaftler. (kna öki 04.01.2022)
- **Im Festjahr „1.700 Jahre jüdisches Leben in Deutschland“ gibt es nach Veranstalterangaben bundesweit aktuell etwa 2.300 Projekte.** „Das ist eine Resonanz, die alle Hoffnungen und Erwartungen übertroffen hat – ein Verdienst der Menschen vor Ort, die sich haben inspirieren lassen und etwas auf die Beine gestellt haben. Es ist eine große Freude, gemeinsam mit ihnen allen daran mitwirken zu können“, sagte die Generalsekretärin des Vereins „321-2021: 1.700 Jahre jüdisches Leben in Deutschland“, Sylvia Löhrmann, der „Jüdischen Allgemeinen“. Das Festjahr, das noch bis Mitte 2022 dauert, habe viele „Räume der Begegnung“ geschaffen, betonte Löhrmann. Es habe jüdisches Leben und jüdische Perspektiven sichtbar gemacht, was wichtig für ein „neues Miteinander“ sei. Unter den Reaktionen von Nichtjuden

seien zum Beispiel zahlreiche E-Mails von Lehrkräften, die einen Podcast im Unterricht einsetzen wollten, oder Menschen, die zum ersten Mal an einem jüdischen Fest teilgenommen hätten. „Es ist eine positive Neugier zu spüren. Viele Menschen möchten mehr über jüdisches Leben heute erfahren.“ Löhrmann sagte auch, dass mit Partnern darüber nachgedacht werde, wie gewonnene Erfahrungen verstetigt werden könnten – „mit dem Ziel, jüdisches Leben dauerhaft sichtbar und erlebbar zu machen“. (kna öki 04.01.2022)

- **In der Debatte um Berliner Straßennamen mit möglichem antisemitischen Bezug hat sich der Historiker Michael Wolffsohn gegen Umbenennungen ausgesprochen.** „Wer Straßennamen umbenennt oder Denkmale stürzt, gibt vor, Geschehenes wäre nicht geschehen – und fördert, gewollt oder nicht, das Vergessen“, schrieb er in der „Berliner Morgenpost“. Dies gelte freilich nicht für Straßennamen oder Denkmale, die Verbrechern sowie Mördern gewidmet seien: „Eine Adolf-Hitler- oder Joseph Goebbels-Straße, eine Stalin-Allee, Mao-Promenade oder ein Pol-Pot-Platz sind in einem den Menschenrechten verpflichteten Staat absolut tabu.“ Wolffsohn plädierte für Aufklärung und Information: „Unverzichtbar wären an den Straßenschildern und Denkmalen kleine, angefügte Informationstafeln, die freilich mehr als die, wenn überhaupt vorhanden, bisher in Berlin (und erst recht woanders) beinhalten.“ Zugleich kritisierte er: „Die ‚Bilderstürmer‘ unserer Gegenwart orientieren sich am idealen und nicht am realen Menschen.“ Wer sich mit den Schwächen und Fehlern auseinandersetze, habe die Chance diese oder vergleichbare zu vermeiden. „Wer sie jedoch tabuisiert oder filtrierte, wird ihnen eher anheimfallen: durch Nichtwissen, das auf zuvor verordnete Vergessen zurückzuführen wäre.“ Eine Studie im Auftrag des Berliner Antisemitismusbeauftragten Samuel Salzborn listet 290 Straßen- und Platznamen in der Hauptstadt auf, bei denen sich antisemitische Bezüge feststellen ließen, darunter die Martin-Luther-Straße; das Gutachten empfiehlt in etwa 40 Fällen eine Umbenennung. Wolffsohn erklärte, auch diejenigen Berliner, die mit dieser Liste nicht einverstanden seien, sollten dem Antisemitismusbeauftragten dafür dankbar sein: „Er hat eine notwendige Diskussion ausgelöst. Sie führt bei manchen hoffentlich zu mehr Wissen als Meinen. (kna öki 11.01.2022)
- **Die judenfeindliche Darstellung an der Außenfassade des Regensburger Doms erhält in diesem Jahr eine neue Informationstafel.** Darauf haben sich Vertreter von Staat, jüdischer Gemeinde und katholischer Kirche verständigt. Die Ergebnisse wurden in Regensburg vorgestellt. Der Text ist deutlich länger und prägnanter als die bisherige Hinweistafel aus dem Jahr 2005. Das Vorgehen in Regensburg soll zugleich Vorbild für den Umgang mit bundesweit rund 50 ähnlichen historischen Darstellungen sein. Die Neufassung bezeichnet „Judensau“-Darstellungen als „zu Stein gewordenen Antisemitismus“. Das Motiv, das sich ab dem 13. Jahrhundert fast nur im deutschen Sprachraum finde, habe „Ekel und Verachtung gegenüber Jüdinnen und Juden“ hervorrufen wollen. Diese seien damit „zu Feinden des Christentums“ erklärt worden. „Ausgrenzung, Verfolgung bis hin zum Mord waren die Folge.“ Heute solle diese Skulptur alle Menschen mahnen, „gegen jede Form von Propaganda, Hass, Ausgrenzung und Antisemitismus vorzugehen“. Der Kommentar sei von allen Beteiligten eines Runden Tisches gebilligt worden, hieß es. Er werde in Deutsch und Englisch am Dom angebracht. Bayerns Antisemitismusbeauftragter Ludwig Spaenle kündigte außerdem die Bereitstellung vertiefender Informationen an. Auch müssten Touristenführer entsprechend ausgebildet werden. Ilse Danziger von der Jüdischen Gemeinde in Regensburg sagte, Antisemitismus sei heute „leider wieder überall präsent und auch wieder salonfähig geworden“. Darum sei es wichtig, „auf jede Art von Judenfeindlichkeit und Hass hinzuweisen“. Ihre Gemeinde habe daher von Anfang an eine Entfernung der Schmähsulptur abgelehnt, die zur Geschichte Regensburgs gehöre. Die bisherige Plexiglas-Tafel sei kaum sichtbar gewesen. Figur und Erklärtext müssten deutlicher als „Mahnmahl“ gestaltet werden. Den von der Münchner Professorin für Mittelalterliche Jüdische Geschichte und Kultur, Eva Haverkamp-Rott, in Abstimmung mit Spaenle erstellten Text bewertete Danziger als „sehr gut“. Die Skulptur wurde im 14. Jahrhundert rechts vom Südwesteingang des Domes gegenüber dem jüdischen Wohnviertel angebracht und ist inzwischen stark verwittert. Sie zeigt Männer, die an den Zitzen einer Sau saugen und ihr ins Ohr sprechen. Die Männer sind durch „Judenhüte“ gekennzeichnet. Das Schwein gilt im Judentum als unreines Tier, in der christlichen Kunst verkörpert es den Teufel. Der neue Erklärtext liegt auf der Linie der Ende 2020 vorgestellten Vereinbarungen eines bayernweiten Runden Tisches. Demnach sollen antijüdische Darstellungen nicht aus ihrem baulichen Kontext entfernt, sondern an ihrem Platz beschrieben, bewertet und eingeordnet werden. Wichtig sei in jedem Fall ein breiter Dialog vor Ort. Spaenle sagte, damit könnten juristische Auseinandersetzungen vermieden werden, wie sie etwa um eine Schmähsulptur an der Wittenberger Schlosskirche geführt worden seien und inzwischen den Bundesgerichtshof beschäftigten. Nach seiner Auffassung verlangen

nicht nur Darstellungen wie die „Judensau“ nach einem neuen Umgang, sondern auch Figuren wie die „Synagoga“ oder jüdische Grabsteine in christlichen Kirchen. (kna öki 11.01.2022)

- **Das städtische Museum Laupheim und das Haus der Geschichte Baden-Württemberg planen eine neue Dauerausstellung zur Geschichte von Juden und Christen im Südwesten.** Ziel sei es, gemeinsame Geschichte erlebbar zu machen und jüdische Bürger nicht nur als Opfer von Verfolgung, sondern auch als Mitgestalter des politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Lebens zu zeigen, betonten die Ausstellungsmacher. Das Projekt hat einen Etat von knapp 1,6 Millionen Euro; die Ausstellung soll im Herbst 2023 für Besucher öffnen. Geplant sind auch eine begleitende App sowie ein Museumslabor. Die Leiterin des Hauses der Geschichte Baden-Württemberg, Paula Lutum-Lenger sagte, die geplante Schau sei einmalig im deutschsprachigen Raum. (kna öki 18.01.2022)
- **Bischof Manfred Scheuer hat sich zum „Tag des Judentums“ klar mit Juden solidarisiert und Tendenzen eines wieder aufkeimenden Antisemitismus in Europa und auch in Österreich scharf zurückgewiesen.** So wie der Name Gottes in der Schoah durch die Ermordung von sechs Millionen Juden geschändet worden sei, sei auch der heutige Antisemitismus ein „Anschlag auf die Heiligkeit des Ewigen“, erklärte er in einer Botschaft zu dem Aktionstag, mit dem sich die katholische Kirche jährlich am 17. Januar ihrer engen Verbindung zum Judentum besinnt. Juden und Katholiken sollten sich trotz aller unüberwindbaren Differenzen gemeinsam und als „Partner, Verbündete und Brüder“ für Gerechtigkeit und Frieden einsetzen und Antisemitismus bekämpfen. Christen hätten dem Judentum mit einer von Scham, Reue, Umkehr und Buße geprägten Haltung zu begegnen, forderte der Bischof mit Blick auf die „Last der Geschichte“ vergangener Judenverfolgungen. Christen seien „Erben einer langen Geschichte von Feindseligkeit und Hass, von Verachtung, von Vorurteilen und religiösem Zwang, von Streit und Verfolgung“. Dazu gehörten auch „Ignoranz und Unwissenheit, Herabsetzung und Misstrauen, Verdächtigungen und schließlich die Shoa“. Christen dürften daher gegenüber Juden niemals als neugierige Beobachter, Kritiker, Richter oder gar als neutrale Zuschauer aufzutreten. Unverzichtbar sei das Judentum für die Christen, „um sich selbst zu verstehen“, hob der Linzer Diözesanbischof hervor. Vom Glaubenszeugnis Israels und von der religiösen Praxis von Jüdinnen und Juden könnten Christen viel lernen und dabei auch ihr „Gottesbewusstsein“ reinigen. Dazu gehöre das Bewusstsein, dass im Neuen Testament nie behauptet werde, Israel sei verworfen worden. Vielmehr sei die Kirche von Anfang an der Auffassung gewesen, Juden seien wichtige Zeugen der göttlichen Heilsordnung geblieben. Scheuer: „Sie versteht ihre eigene Existenz als eine Teilhabe an der Erwählung Israels und an der Berufung, die in erster Linie diejenige Israels bleibt, selbst wenn nur ein kleiner Teil Israels sie angenommen hat.“ Besonders von der in jüdischer Tradition als absolut höchster Wert angesehenen Heiligkeit Gottes und seines Namens könnten die Christen laut dem Bischof lernen. Jede Instrumentalisierung und Funktionalisierung Gottes sei im Judentum ausgeschlossen und es widerspreche der Heiligkeit Gottes, „wenn persönliche, wirtschaftliche oder politische Interessen verabsolutiert werden und nicht mehr differenziert wird zwischen der eigenen Überzeugung und der Absolutheit Gottes, zwischen dem 'Ich' mit seiner Freiheit und Gott, zwischen der Nation oder 'Rasse' und dem transzendenten Gott, zwischen der 'Blase' und dem Reich Gottes“. Insgesamt seien das jüdische Volk und seine Heilige Schrift „Wurzeln“, auf die sich das Christentum besinnen müsse - als seine heilsnotwendige „Lebensfrage“, so Bischof Scheuer weiter. Die Messiaserwartung der Juden helfe den Christen, „nicht im eigenen Glauben die eschatologische Dimension zu vergessen“. Unterschiedlich sei dabei nur, „dass für uns derjenige, der kommen soll, die Züge dieses Jesus trägt, der bereits gekommen ist und der schon unter uns gegenwärtig und wirksam ist“. Wenn Christen im Vaterunser "dein Reich komme" beten, sei dies zudem eine „jüdische Bitte, deren zukunftsbezogener Sinn Inhalt der Ökumene aus Christen und Juden ist“. Österreichs christliche Kirchen feiern seit 2000 jährlich am 17. Januar den „Tag des Judentums“. Dabei sollen sich die Christen in besonderer Weise ihrer Wurzeln im Judentum und ihrer Weggemeinschaft mit dem Judentum bewusst werden. Zugleich soll auch das Unrecht an jüdischen Menschen und ihrem Glauben in der Geschichte thematisiert werden. Dies erfolgt im Rahmen von Gottesdiensten und weiteren Gedenk- und Lernveranstaltungen. Neben einer zentralen Feier des Ökumenischen Rates der Kirchen (ÖRKÖ) in Wien sind im Umfeld des Tages auch Feiern in Linz, Graz, St. Pölten, Innsbruck, Salzburg, Hohenems, Wolfsburg angesetzt. (rv 16.01.2022)
- **Der neue Beauftragte der Bundesregierung für weltweite Religions- und Weltanschauungsfreiheit, Frank Schwabe (SPD), sieht die Religionsfreiheit nach eigenen Worten als ein modernes Menschenrecht.** Sie sei nichts Antiquiertes, sagte er in der aktuellen Folge des Podcasts „Himmelklar“. „Das Recht auf Religionsfreiheit ist ein Recht von Menschen, es

ist kein Recht der Kirchen“, betonte Schwabe. Er sei nicht „Religionsbeauftragter“ und damit ausgesandt, um christliche Ideen oder andere Religionen zu vertreten. Es gehe um das Recht von Menschen, ihre Religion frei ausüben zu können. Schwabe thematisierte die Verbindung von Religionsfreiheit und anderen Menschenrechten. Überall dort, wo die Religions- und Weltanschauungsfreiheit unter Druck stehe, seien oft auch andere Menschenrechte bedroht. Sein Amt bedeute daher eine Stärkung des deutschen Menschenrechtsansatzes insgesamt, so der Bundestagsabgeordnete. Ziel seiner Arbeit sei es, sowohl Menschen konkret zu helfen als auch aufmerksam zu machen auf Menschenrechte, insbesondere auf das Recht auf Religions- und Weltanschauungsfreiheit. Auch wenn die Durchsetzungsmöglichkeiten begrenzt seien, solle „die Macht des Wortes, die Macht von Gesten, die Macht von Besuchen, von öffentlichen Statements“ nicht unterschätzt werden, so Schwabe. (kna öki 25.01.2022)

- **Der evangelische Landesbischof Friedrich Kramer forderte, das Engagement für die christlich-jüdischen Beziehungen dürfe „kein Elitendiskurs“ sein.** Das Thema müsse weit in die Gesellschaft getragen werden, betonte der Bischof der Evangelischen Kirche in Mitteldeutschland. Als Beispiel nannte er die im vergangenen Jahr von den Kirchen in Thüringen geförderte handschriftliche Herstellung und feierliche Überführung einer Tora-Rolle in die Erfurter Neue Synagoge. Kramer mahnte auch zu einem fortdauernden Gedenken der Judenverfolgungen und ihrer Wurzeln in einem christlichen Antijudaismus. Er erinnerte an das Eisenacher „Entjudungsinstitut“ in der Zeit des Nationalsozialismus. Dort machten es sich evangelische Theologen zur Aufgabe, jüdische Einflüsse auf Theologie und Kirche zu entfernen. Der Vorsitzende der Jüdischen Landesgemeinde Thüringen, Reinhard Schramm, rief die Kirchen zu verstärkten Anstrengungen gegen zunehmenden Antisemitismus auf. Er betonte, Demonstrationen im vergangenen Jahr hätten die jüdische Gemeinschaft erschüttert. „Muslimische antisemitische Straftäter gingen nicht gegen Israel vor, sondern gegen deutsche Juden und deutsche Synagogen.“ Auf einem Podium bezifferte Thüringens Verfassungsschutzpräsident Stephan Kramer den Anteil von Antisemiten in der Bevölkerung auf bis zu 20 Prozent. Solange Jüdinnen und Juden nicht ohne Gefahr leben könnten, könne man auch nicht von Normalität reden. Der Jerusalemer Historiker Moshe Zimmermann betonte, die Frage sei nicht, ob Juden als besondere Gruppe wahrgenommen würden, sondern ob sie und andere Minderheiten auch akzeptiert seien. Die Bloggerin und Buchautorin Juna Grossmann rief die Mehrheitsgesellschaft zu mehr Eigeninitiative auf, auch die Entwicklungen im heutigen Judentum wahrzunehmen. (kna öki 25.01.2022)
- **Erstes Drei-Religionen-Kita-Haus entsteht in Berlin. (von Nina Schmedding)** Es ist ein bisschen wie das „House of one“ für kleine Leute: Das interreligiöse Gotteshaus, das in Berlins Mitte bereits entsteht, beherbergt eine Kirche, eine Synagoge und eine Moschee unter einem Dach – und dazu einen zentralen Begegnungsraum, um sich einander näher kennenlernen und austauschen zu können. Ein ähnliches Projekt – nur für Kinder – entsteht ab 2023 in Berlin-Friedrichshain auf dem Gelände der evangelischen Kirchengemeinde Sankt Markus: Das „Drei-Religionen-Kita-Haus“ soll mit einer jüdischen, einer christlichen und einer muslimischen Kita unter einem Dach einen Austausch „auf Augenhöhe“ ermöglichen, wie die Projektverantwortlichen in Berlin ankündigten. Jede Kita bietet demnach Platz für 45 Kinder. Geplant sind neben jeweils eigenen Räumen für die drei Religionsgemeinschaften auch „Räume der Begegnung“, in denen die Kinder etwa die unterschiedlichen Feste gemeinsam feiern können. Ob Jom Kippur, Sankt Martin oder Opferfest: Im Kita-Alltag sollen sie sich gegenseitig zu ihren Festen einladen, sie den Andersgläubigen erklären. Dass „wir viele Sprachen sprechen – und in verschiedenen Sprachen und Traditionen auch zu Gott sprechen“, könne man den Kindern gar nicht früh genug vermitteln, findet die Berliner Rabbinerin Gesa Ederberg, eine von vier Projekt-Initiatorinnen und selbst dreifache Mutter. „Zusammen Aufwachsen ist möglich und notwendig in unserer bunten Stadt.“ Ein ähnliches Projekt gibt es bisher nur in Pforzheim – aber mit anderem Konzept: Die 2020 eröffnete „Kita Irenicus“ hat religiös gemischte Gruppen. Das sei in Berlin ganz bewusst anders gestaltet, erklärt Ederberg. Sie spricht von einer „konstruierten Gleichheit“ in dem geplanten Bau. Für die Kita-Kinder solle es ganz selbstverständlich sein, Freunde aus anderen Religionsgemeinschaften zu haben – auch um später Vorurteilen die eigene Erfahrung entgegensetzen zu können. „Es geht um Stärkung der eigenen religiösen Identität, um mit anderen ins Gespräch kommen“, sagt auch Iman Andrea Reimann, die als Leiterin des Deutschen Muslimischen Zentrums Berlin die muslimische Trägerseite des Vorhabens koordiniert. Sich trauen, einander Fragen zu stellen – das ist für sie eine der wichtigsten Gründe für die Unterstützung des Projekts. Die ehemalige Protestantin konvertierte vor mehr als 25 Jahren zum Islam und weiß aus eigener Erfahrung, wie es ist, wenn man eine Religion zunächst von außen kennenlernt. Bereits 2014 entstand die Idee, jüdische, christliche und muslimische Kinder in einer Kita unter ein Dach zu holen –

eine gemeinsame Vision von Reimann und Ederberg. Sie holten Vorstandsfrau Kathrin Janert vom Evangelischen Kirchenkreisverband für Kindertageseinrichtungen Berlin Mitte-Nord als Dritte im Bunde mit ins Boot sowie Pfarrerin Silke Radosh-Hinder. Die Entwürfe für das Haus, das auf einer Grundfläche von rund 400 Quadratmetern gebaut wird, kommen vom Berliner Architekturbüro Stark&Stilb: Es umfasst mehrere Stockwerke, je eines für die Kitas der drei Religionsgemeinschaften sowie Untergeschoss und Erdgeschoss, die Platz für „Räume der Begegnung“ bieten sollen. Zudem gibt es ein Dachspielgeschoss, eine Bibliothek und eine gemeinsame Küche. Damit alle – unabhängig von religiösen Regeln – mitessen können, ist das Essen vegetarisch. Nach bisherigen Planungen ist der Bau auf rund sieben Millionen Euro veranschlagt. Das Kitaausbauprogramm des Senats werde die Räumlichkeiten der drei Religionsgruppen finanzieren, es gebe es aber noch eine Finanzierungslücke von 1,4 Millionen Euro, so Janert. Die rot-grün-rote Koalition hatte ihre Unterstützung des Projekts im Dezember in ihrem Koalitionsvertrag ausdrücklich zugesichert. Dass sie Probleme haben werden, ihr Haus voll zu bekommen, glauben die Frauen nicht: Bewerbungen für die Plätze gibt es schon seit Jahren. (kna öki 01.02.2022)

- **Grußwort zu einem Studientag in Jena am 19.01.2022 zur christlich-jüdischen Beziehung, gesprochen von Bischof Ulrich Neymeyr, Erfurt:** Ich freue mich, dass der Studientag stattfindet. In Thüringen hat die Themenwoche „Tora ist Leben. 900 Jahre jüdisches Leben in Thüringen“ das gute Verhältnis zur jüdischen Landesgemeinde vertieft. Die Übergabe einer Tora-Rolle an die jüdische Landesgemeinde durch die Evangelische Kirche in Mitteldeutschland und das Bistum Erfurt war ein Ausdruck des hervorragenden jüdisch-christlichen Verhältnisses. Für die katholische Kirche hat die Konzilerklärung Nostra aetate nicht nur die Grundlage für eine Gesprächskultur zwischen Katholiken und Juden gelegt, sondern auch eine theologische Lehrentwicklung in der katholischen Kirche angestoßen. Vor allem Papst Johannes Paul II. hat durch seine zahlreichen Begegnungen mit jüdischen Vertretern, seinen Besuch in Auschwitz, die Anerkennung des Staates Israel und seine Reise nach Israel sowie durch die bereits erwähnte Vergebungsbitte maßgeblich dazu beigetragen, dass sich das Verhältnis der katholischen Kirche zum Judentum verbesserte. Zudem prägte er in seinen Ansprachen den Begriff des „ungekündigten Bundes“ oder er sprach vom „Bund, der niemals aufgehoben wurde“. Papst Franziskus hat diesen Gedanken dann in seinem apostolischen Schreiben Evangelii gaudium (2013) aufgegriffen und Papst Benedikt XVI. hat auf Röm 11,29 verwiesen, wo Paulus schreibt, dass Gott die Berufung Israels nicht bereut. Das ist mehr als die Aussage, dass er die Berufung Israels nicht kündigt oder widerruft. Konsens herrscht in der katholischen Kirche auch über eine Konsequenz, die die Päpstliche Kommission für die religiösen Beziehungen zum Judentum in ihrer Erklärung zu 50 Jahren Nostra aetate gezogen hat, nämlich – ich zitiere – „die prinzipielle Ablehnung einer institutionellen Judenmission“ (Nr. 40). Diese Position, die übrigens auch Benedikt XVI. mehrfach bekräftigt hat, ist auf jüdischer Seite sehr positiv aufgenommen worden, weil die Frage der Judenmission ein neuralgischer Punkt im christlich-jüdischen Verhältnis ist. Aber es gibt auch theologisch noch nicht geklärte Fragen im Verhältnis zum Judentum. Eine dieser Fragen wird in der Erklärung der Päpstlichen Kommission für die religiösen Beziehungen zum Judentum ausdrücklich genannt. Die Kommission spricht von der „theologisch höchst komplexen Frage (...), wie der christliche Glaube an die universale Heilsbedeutung Jesu Christi mit der ebenso klaren Glaubensaussage vom nie aufgekündigten Bund Gottes mit Israel kohärent zusammengedacht werden kann“ (Nr. 37). Das ist eine sehr sensible Frage, die das Zentrum des christlichen Glaubens betrifft. Einerseits glauben wir, dass Jesus Christus der Retter aller Menschen, der Erlöser von Juden und Heiden ist. Ebenso aber glauben wir, dass der Bund mit Abraham weiterhin gültig ist und Juden auch ohne das Bekenntnis zu Christus gerettet werden. Wie beide Glaubensaussagen logisch kohärent zusammengedacht werden können, ist gegenwärtig theologisch nicht befriedigend geklärt. Hier gibt es weiterhin theologischen Diskussions- und Reflexionsbedarf. Die zweite theologisch offene Frage wird in der Erklärung der Päpstlichen Kommission nicht genannt, was von jüdischer Seite auch kritisiert wurde. Es ist die Frage nach dem Verhältnis von biblischer Landverheißung und dem modernen Staat Israel. Wenn der Bund mit Abraham weiter gültig ist, dann ist es auch die Landverheißung. Denn die Landverheißung ist ein wesentlicher Bestandteil dieses Bundes. Doch was bedeutet das für die Gegenwart? Ist der moderne Staat Israel die Erfüllung dieser Verheißung oder ist er allein politisch zu betrachten? Diese Fragen sind gewiss nicht neu. Aber eine systematische theologische Reflexion dieser Fragen hat seither kaum stattgefunden. Hier gibt es also zukünftig noch Klärungsbedarf (kna öki 01.02.2022)

2. Aus der jüdischen Welt – Israel

- **Rabbiner David Stav, Leiter des israelischen national-religiösen Rabbiner-Netzwerks „Tzohar“, hat Juden und Araber in Israel aufgerufen, sich auf gemeinsame Werte zu konzentrieren, um so die Koexistenz zu fördern.** „Ich glaube nach wie vor, dass es eine Lösung für das Zusammenleben von Juden und Arabern gibt, die auf einem gemeinsamen Nenner beruht, den wir alle teilen, und das sind die Werte des Glaubens, der Nächstenliebe und der Familie“, sagte Stav laut Bericht der „Jerusalem Post“ bei einer Veranstaltung der Zeitung. „Ich fordere die Politiker auf, nicht mehr über Territorien und Politik zu reden, sondern über die Werte, die wir gemeinsam haben“, so der Rabbiner. Über gemeinsame Werte könnten die Narben der Gewalt vom vergangenen Frühjahr sowie die ethnischen Spannungen in der israelischen Gemeinschaft im Allgemeinen überwunden werden. Gleichzeitig wies Stav Ideen zurück, die Juden mehr Rechte zugestehen wollen als Nicht-Juden. Gleiche Rechte für alle Bürger seien für Israel als Demokratie entscheidend. (kna öki 26.10.2021)
- **Gemeinderabbiner in Israel sollen künftig das Recht erhalten, eigene Gerichte für Konversionen zum Judentum einzurichten.** Die Neuerung ist Teil eines Vorschlags zur Änderung des Konversionsverfahrens, die der israelische Religionsminister Matan Kahane gegenüber der Zeitung „Israel HaJom“ vorstellte. Dabei geht es um Israelis jüdischer Abstammung, die nach dem jüdischen Religionsrecht selber nicht als jüdisch anerkannt sind. Dies ist nur der Fall, wenn der oder die Betreffende eine jüdische Mutter hat. Mit den Änderungen will Kahane demnach das Verfahren für potenzielle Konvertiten deutlich vereinfachen. Man wolle Wege finden, „zu helfen und Gerichte einzurichten, die Konvertiten als eine Bereicherung“ empfänden, so Kahane. Um sicherzustellen, dass das staatliche Konversionssystem und das Oberrabbinat die Kontrolle über den Prozess behalten, soll das Oberrabbinat demnach befugt sein, die Ernennung eines Konversionsrichters in einem geregelten Verfahren zu widerrufen. Gleichzeitig sei eine Kampagne geplant, Hunderttausende Israelis jüdischer Abstammung, die nach dem Religionsgesetz nicht jüdisch sind, zur Konversion aufzufordern. Eines von zehn Paaren lebe bereits in einer Mischehe, so Kahane laut Bericht. Es werde der „jüdischen Identität des Staates Israel schaden, wenn wir in dieser Frage nicht handeln“. Kahane betonte, dass die Änderungen in enger Abstimmung mit prominenten Rabbinern der religiösen zionistischen Gemeinschaft erarbeitet worden seien. Der Zweck der Reform bestehe nicht darin, Konversionen zu erleichtern, die gegen das orthodoxe jüdische Recht verstoßen. Eine kürzlich durchgeführte Umfrage ergab laut Zeitung, dass Zehntausende von Israelis aus der ehemaligen Sowjetunion bei einem erleichterten Verfahren Interesse an einer Konversion zum Judentum äußerten. (kna öki 07.12.2021)
- **Die Konferenz der Europäischen Rabbiner zeigt sich erfreut über ein neues Scheidungsgesetz in Israel, das die Rechte von nichtisraelischen Frauen stärken soll.** Das „Aguna-Gesetz“ erlaube Rabbiner-Gerichten, sanktionierend einzugreifen, wenn männliche Ehepartner Frauen die Scheidung verweigern, erklärte die Rabbinerkonferenz. Das von ihr initiierte Gesetz wurde demnach ursprünglich 2018 als befristetes Gesetz verabschiedet. Es sollte nichtisraelischen Frauen helfen, deren Ehemänner sich weigern, ihnen die Scheidung zu gewähren, und die nicht in der Lage sind, irgendeine Art von Strafsanktionen gegen ihren Ehepartner zu erwirken. Es richtete sich vor allem an in der Diaspora lebende Juden, die keine israelischen Staatsbürger sind. Das im Juli ausgelaufene vorläufige Gesetz wurde nun von der Knesset in ein dauerhaftes Gesetz umgewandelt. „Dies ist ein besonderer Moment in der Geschichte der Rabbinerkonferenz, die sich auf eine progressive Weise mit einem vorherrschenden Problem von Frauen befasst, deren Ehemänner sich jahrelang weigerten oder weigern, einen religiösen Scheidungsantrag zu stellen beziehungsweise ihm zuzustimmen“, erklärte Konferenzpräsident Pinchas Goldschmidt. Sie setze sich bereits seit Jahren für die Belange der betroffenen Frauen ein. „Aguna“ bedeutet wörtlich übersetzt „in Ketten gelegte Frau“. Gemäß der Halacha, dem jüdischen Religionsgesetz, muss ein jüdischer Mann im Fall der endgültigen Trennung seiner bisherigen Frau einen „Get“, einen Scheidebrief, gewähren, bevor die Scheidung auch für die Frau wirksam wird. Sollte er dies verweigern, wird die Betroffene zu einer „Aguna“. Nach orthodoxer Auslegung des jüdischen Religionsgesetzes darf sie dann nicht erneut heiraten. (kna öki 07.12.2021)
- **Ankara. Vor dem 80. Jahrestag der Einführung des „Varlik Vergisi“, der für die religiösen Minderheiten der Türkei erdrückenden Vermögensteuer von 1942, hat der sozialdemokratische Oppositionsführer Kemal Kilicdaroglu Abbitte von den Betroffenen gefordert:** „Wir müssen die Minoritäten um Verzeihung bitten, die unter der Last dieser Sondersteuer geseufzt haben.“ Nach historisch objektiver Beurteilung handelte es sich beim

„Vergisi“ um einen staatlich organisierten Raub an Christen und Juden zum Zweck der Eliminierung von Nichtmuslimen aus der Wirtschaft. Auf der Gegenseite versucht nun die Tageszeitung „Cumhuriyet“ diese Maßnahmen zu rechtfertigen: „Zu einer Zeit, als in der asiatischen Türkei Hunger herrschte, vervielfachte eine Gruppe von Nichtmuslimen ihr Vermögen.“ Es stimme nicht, dass diese Vermögensteuer nur Christen und Juden betroffen habe, auch Muslime hätten sie entrichten müssen. Tatsächlich bezahlten diese aber nur einen vergleichsweise minimalen Steuersatz: So wurden armenische Christen mit 232 Prozent veranschlagt, Juden zahlten 179 Prozent, und Griechisch-Orthodoxe 156 Prozent, die Muslime hingegen nur 4,94 Prozent. Diese Abgabe in mehrfacher Höhe des Besitzes war binnen 15 Tagen bar zu entrichten, wozu die meisten Betroffenen nicht imstande waren. Es folgte Zwangsversteigerung, auch von Wohnungseinrichtungen und privaten Gegenständen. Da auch damit meist die Vermögensteuer nicht abgedeckt war, mussten diese „Staatsschuldner“ den Rest in Lagern abarbeiten, bei denen die Steinbrüche von Askale die berüchtigtsten waren. Nur wenige überlebten. Es galt also, Christen und Juden nicht nur finanziell, sondern auch physisch zu liquidieren. (kna öki 21.12.2021)

- **Die Jerusalemer Kirchenführer haben vor einer Bedrohung für die christliche Präsenz im Heiligen Land gewarnt.** In einer gemeinsamen Erklärung beklagen sie systematische Versuche, „die christliche Gemeinschaft aus Jerusalem und anderen Teilen des Heiligen Landes zu vertreiben“. Sie fordern darin die Schaffung einer christlichen Schutzzone in der Jerusalemer Altstadt. Zwar verpflichtete sich die israelische Regierung, den Christen im Heiligen Land ein sicheres Zuhause zu bieten und die christliche Gemeinschaft als integralen Bestandteil der lokalen Gemeinschaft zu erhalten, was sich etwa in Besucherleichterungen für Millionen christlicher Pilger zu den heiligen Stätten zeige. Zugleich sei es jedoch „äußerst besorgniserregend, wenn diese nationale Verpflichtung durch das Versagen lokaler Politiker, Beamter und Strafverfolgungsbehörden verraten wird“. So seien landesweit Christen Ziel von Einschüchterungsversuchen sowie häufiger und anhaltender Angriffe radikaler Randgruppen. Auch heilige Stätten würden seit 2012 regelmäßig beschädigt und entweiht, so die Patriarchen und Kirchenoberhäupter. Kritisiert wird u.a. der Kauf strategisch wichtiger Grundstücke im christlichen Viertel durch radikale Gruppen unter Einsatz von „hinterhältigen Absprachen und Einschüchterungstaktiken“. Die Kirchenführer sehen darin die Bestrebung, die christliche Präsenz zu schwächen. Sie fordern Israel auf, sich mit den Herausforderungen auseinanderzusetzen, die radikale Gruppen in Jerusalem sowohl für die christliche Gemeinschaft als auch für den Rechtsstaat darstellen. Es müsse sichergestellt werden, dass kein Bürger und keine Institution von Gewalt oder Einschüchterung bedroht werde. Zudem fordern sie die Aufnahme von Gesprächen zur Schaffung einer besonderen christlichen Kultur- und Kulturerbezone. Diese solle die Integrität des christlichen Viertels in der Altstadt Jerusalems schützen sowie dessen Charakter und Erbe erhalten. Auch die kleine christliche Ortskirche erbringe „einen unverhältnismäßig hohen Anteil an Bildungs-, Gesundheits- und humanitären Dienstleistungen in Gemeinden in Israel, Palästina und Jordanien“. (kna öki 21.12.2021)
- **Israels Präsident Isaac Herzog hat zu einer neuen Partnerschaft der Religionen in Nahost aufgerufen.** „Heute, da historische Winde des Friedens durch unsere Region wehen, können alle Kinder Abrahams – Christen, Muslime und Juden – wieder zusammenkommen“, sagte er beim traditionellen Neujahrsempfang für die Kirchenführer im Heiligen Land in seiner Jerusalemer Residenz. Diese Partnerschaft müsse auf den Gemeinsamkeiten ebenso wie auf der „einzigartigen, individuellen Menschlichkeit“ beruhen. Durch gemeinsame Werte geeint könne man sich für eine bessere Welt des Friedens und der Nächstenliebe einsetzen, so der Präsident vor Vertretern der im Heiligen Land vertretenen christlichen Konfessionen, darunter Franziskanerkustos Francesco Patton und der Lateinische Patriarch von Jerusalem, Erzbischof Pierbattista Pizzaballa. Herzog, der sein Amt im Juli als Nachfolger von Reuven Rivlin angetreten hatte, bekannte sich zur „Wahrung der absoluten Religions- und Kulturfreiheit für Angehörige aller Religionen in diesem Heiligen Land“. Israel setze sich gegen jede Form von Rassismus, Diskriminierung oder Extremismus sowie jede Bedrohung von Religionsgemeinschaften, -führern oder Gotteshäusern ein. „Die verschiedenen christlichen Gemeinschaften, die Sie leiten und mit denen Israel gesegnet ist, sind ein Geschenk für das Volk des Staates Israel“, so Herzog wörtlich. Die verschiedenen Konfessionen seien als integraler Bestandteil Israels eine Bereicherung für das Land. Der griechisch-orthodoxe Patriarch von Jerusalem, Theophilos III. dankte Herzog im Namen der Kirchen für sein Engagement „für die Integrität des multikulturellen, multiethnischen und multireligiösen Charakters unserer Region und für Ihre Verteidigung der Rechte all derer, die das Heilige Land unsere Heimat nennen“. Zuletzt hatten kirchliche Vorwürfe der Christenvertreibung für Unmut in Israel gesorgt. In einer gemeinsamen Erklärung hatten die Kirchenvertreter vor einer

Bedrohung für die christliche Präsenz im Heiligen Land gewarnt. Der Sprecher des israelischen Außenministeriums, Lior Haiat, hatte die Anschuldigungen als unbegründet zurückgewiesen. Sie verzerrten die Realität der christlichen Gemeinschaft in Israel. Die ständig wachsende christliche Bevölkerung sei Teil der einzigartigen Struktur der israelischen Gesellschaft und genieße volle Religions- und Kulturfreiheit in Jerusalem wie in ganz Israel. (kna öki 04.01.2022)

- **Der aschkenasische Oberrabbiner Israels David Lau will vorerst keine weiteren Übertritte zum Judentum genehmigen.** Der Schritt richte sich gegen Pläne der israelischen Regierung, die Kontrolle des Oberrabbinats über Konversionen zu schwächen und Konversionen zu erleichtern, teilte Lau laut der Zeitung „Times of Israel“ Ministerpräsident Naftali Bennett mit. Hintergrund sind Vorschläge von Religionsminister Matan Kahana, das Verfahren für Konvertiten deutlich zu vereinfachen. Sie sehen u.a. vor, Gemeinderabbinern in Israel das Recht einzuräumen, Rabbinergerichte zur Durchführung von Konversionen einzurichten. Dabei geht es um Israelis jüdischer Abstammung, die nach dem jüdischen Religionsrecht selbst nicht als jüdisch anerkannt sind. Gegenwärtig müssen alle Konversionen in Israel vom Oberrabbinat genehmigt werden. Die Umsetzung der Pläne würde zu einer Spaltung des jüdischen Volkes führen, warnte Lau laut Bericht. So werde dies künftig zu Unsicherheiten darüber führen, wer wen heiraten kann, wenn der jüdische Status in Frage stehe. Gegenwärtig gebe es rund 100 äthiopische Einwanderer, die auf die Genehmigung Laus zur Konversion warteten, berichtete die Zeitung. Finanzminister Avigdor Liberman und seine Partei „Israel Beiteinu“ forderten laut Bericht, Lau zu entlassen. Der Oberrabbiner versuche, angehende Konvertiten zu „Geiseln des ultraorthodoxen Establishments zu machen“. Kahana warnte vor negativen Auswirkungen der Entscheidung Laus auf tausende Übertrittswillige. Die Regierung strebe eine Gesetzgebung an, die auf einen möglichst breiten Konsens in der Frage abziele. Israels Inlandsgeheimdienst hatte laut Medienberichten Ende November den Personenschutz für Kahana erhöht, weil dieser wegen seiner Pläne bedroht werde. (kna öki 04.01.2022)

3. Personen

- **Walter Homolka (57), Rabbiner und Professor für Jüdische Theologie an der Universität Potsdam,** hat den Toleranzring der Europäischen Akademie der Wissenschaften und Künste erhalten. **Der Begründer der katholischen Laienbewegung Sant'Egidio, Andrea Riccardi (71),** sowie **der Vorsitzende der albanischen Welt-Bektaschi-Vereinigung, Dede Baba Edmond Brahimaj (62),** wurden ebenfalls ausgezeichnet. Die Akademie mit Sitz in Salzburg verleiht seit 1997 jährlich den Toleranzring, der auf die Ringparabel Lessings Bezug nimmt. (kna öki 30.11.2021)
- **Ekkehard Stegemann, evangelischer Neutestamentler,** ist am 30. November im Alter von 76 Jahren gestorben. Der aus dem ostwestfälischen Barkhausen stammende Theologe lehrte von 1985 bis zu seiner Emeritierung 2013 an der Theologischen Fakultät der Universität Basel. Er war besonders engagiert im christlich-jüdischen Dialog und war maßgeblich an der Etablierung des Fachs Jüdische Studien an der Universität Basel beteiligt. Immer wieder wandte er sich gegen Antisemitismus und Israelfeindlichkeit auch im kirchlichen Kontext. (kna öki 14.12.2021)
- **David Schwezoff (42), aus Ungarn stammender Rabbiner,** ist zum ersten Landesrabbiner für Rheinland-Pfalz berufen worden. (kna öki 14.12.2021)
- **Charlotte Knobloch (89), seit 1985 Präsidentin der Israelitischen Kultusgemeinde München und Oberbayern (IKG),** ist für eine weitere Amtszeit gewählt worden. Als Vizepräsidenten des Präsidiums fungieren künftig Yehoshua Chmiel und Peter Guttmann. Die ursprünglich für 2020 geplanten Wahlen mussten infolge der Corona-Pandemie mehrfach verschoben werden. (kna öki 14.12.2021)
- **Kardinal Jean-Claude Hollerich, Erzbischof von Luxemburg und Vorsitzender der EU-Bischofscommission COMECE,** erhält den Abraham Geiger-Preis 2022. Die vom Abraham Geiger Kolleg an der Universität Potsdam vergebene Auszeichnung ist mit 10.000 Euro dotiert. Sie erinnert an den großen Denker des liberalen Judentums, Abraham Geiger (1810–74) und würdigt Persönlichkeiten, die sich um den Pluralismus verdient gemacht und sich für Offenheit, Mut, Toleranz und Gedankenfreiheit eingesetzt haben. (kna öki 21.12.2021)

- **Sabine Kunst (66), scheidende Präsidentin der Berliner Humboldt-Universität**, erhält die Ernst Ludwig Ehrlich Medaille für die Wissenschaften und Künste des Ernst Ludwig Ehrlich Studienwerks (ELES). Kunst habe sich seit der Gründung von ELES „auf einzigartige Weise für die Förderung einer künftigen Verantwortungselite der jüdischen Gemeinschaft engagiert und wegweisende Akzente für die Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses in Deutschland gesetzt“, heißt es in der Begründung. Die Ehrung ist im kommenden Frühjahr geplant; die Laudatio soll die Bundesministerin für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen, Klara Geywitz (SPD), halten. Das nach dem in Berlin geborenen Historiker und Judaisten Ernst Ludwig Ehrlich (1921-2007) benannte Studienwerk gehört seit 2009 zu den 13 staatlich anerkannten Begabtenförderungswerken in Deutschland für Studierende. (kna öki 21.12.2021)
- **Trude Simonsohn, Holocaust-Überlebende**, ist am 6. Januar im Alter von 100 Jahren gestorben. Sie lebte ab 1955 in Frankfurt und war von 1989 bis 1992 Vorsitzende der Jüdischen Gemeinde Frankfurt. (kna öki 11.01.2022)

4. Bücher

- **„Lese- und Geschenk – Tipp: Durch das Jüdische Jahr.**
Prof. Dr. Ursula Rudnick (ev.-luth. Landeskirche Hannovers und Verein Begegnung Christen und Juden Niedersachsen e.V.) weist besonders auf ein neu erschienenes Buch hin:

„Das Buch von Rabbinerin Prof. Dr. Dalia Marx, Jerusalem, ist nun – dank der intensiven Arbeit von Rabbinerin Dr. Ulrike Offenberg – auf Deutsch im Verlag Hentrich & Hentrich erschienen. „Jeder Monat des Jahres hat seinen eigenen Charakter, spezifische Geschmäcker und Düfte, und ich habe versucht, sie zwischen den Seiten dieses Buches einzufangen.“ – so die Autorin Dalia Marx. Alle Kapitel des Buches haben denselben Aufbau: nach einer Einstimmung folgt eine Einführung. Ihr schließen sich Erörterungen, das Lied und das Gebet des Monats an. Das Besondere dieses Buches ist die Vielstimmigkeit: jüdische Bräuche und Traditionen aus vielen Ecken der Welt haben Eingang in das Buch gefunden. Dr. Ulrike Offenberg hat es übersetzt und für den deutschen Kontext angepasst. „Eine einzigartige Perspektive auf das jüdische Jahr. Ein Reichtum an Quellen und Blickwinkeln erschließt pluralistische Zugänge...“ schreibt Rabbinerin Gesa Ederberg. BCJ hat sich engagiert, damit dieses wichtige Buch, das in die Hand eines jeden Lehrers und einer jeden Pfarrerin gehört, erschienen konnte. Sie können es jetzt für 30 Euro bei BCJ (Ursula.Rudnick@gmx.de) bestellen.“

Man kann es natürlich auch im Buchhandel erwerben:

Dalia Marx, Durch das Jüdische Jahr, 384 Seiten, Hentrich und Hentrich Verlag Berlin 2021, 978-3-95565-422-1 (ISBN), 32,00 €